

1

81

Union in Deutschland

Bonn, den 15. Januar 1981

Neuwahlen durch Volksentscheid

Mit der eingeleiteten Senatsumbildung hat der Regierende Bürgermeister den Vertrauensverfall in die politische Führung nicht gestoppt; er hat ihn verschärft. Der Berliner Wähler und der westdeutsche Steuerzahler stehen vor einer Berliner Landesregierung, die den entscheidenden Grund des öffentlichen Vertrauens zerstört: nämlich das Bekenntnis zur politischen Verantwortung.

Um dem Verfall des Ansehens Berlins zu wehren und mit der Kraft zur Selbstreinigung und Selbsthilfe einen neuen Anfang zu setzen, sind deshalb Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus das Gebot der Stunde, heißt es in einer einmütig gefaßten Entschließung des Landesvorstandes der Berliner CDU vom 12. Januar 1981, der inzwischen auch die Fraktion des Abgeordnetenhauses zugestimmt hat. Der Landesausschuß ist für den 16. Januar 1981 zu einer Sondersitzung einberufen worden. Einziger Punkt der Tagesordnung: Beschlußfassung über die Einleitung von Neuwahlen.

Der Berliner Wähler muß jetzt selbst das Wort erhalten, nachdem die derzeitige Berliner Regierung zu einem Neuanfang unfähig ist, stellte Richard von Weizsäcker fest. Wir dürfen nicht einfach die

(Fortsetzung auf Seite 2)

INFORMATION

Einsparung statt Mineralölsteuenerhöhung Seite 4

NATO

Zwiespalt in der Koalition belastet das westliche Bündnis Seite 7

ARBEITSLOSE

Ein neues Milliardenloch tut sich auf Seite 8

KOALITION

Kieler SPD macht gegen Bonn mobil Seite 9

BUNDES RAT

Verantwortung für politische Fehlentwicklung deutlicher machen Seite 11

CDA

Betriebsräte-Konferenz: Ohne Toleranz gibt es keine Einheitsgewerkschaft Seite 13

FDP-AFFÄREN

Josef und seine Brüder Seite 15

DOKUMENTATION

Wählt gute Betriebsräte grüner Teil

ÖFFENTLICH-KEITSARBEIT

Gesamtangebot rosa Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Hände in den Schoß legen und sagen, also gut, dann überlassen wir uns eben einer politischen Agonie für weitere zwei Jahre. Nicht Machtfragen, nicht Machtwechselfragen, sondern die Kraft zur Selbstreinigung, der Beweis in Berlin, daß nicht wegen Versäumnisse und Versagen in bestimmten Führungszirkeln die politische Position Berlins zerstört wird, bestimmen unser Handeln. Das Volksbegehren ist zuerst einmal kein Bekenntnis zu irgendeiner Partei, sondern ein Bekenntnis zur Souveränität des Volkes.

Um Neuwahlen zu erreichen, sieht die Berliner Landesverfassung in Artikel 39 vor (ähnliche Bestimmungen enthalten auch die Landesverfassungen von Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz):

„Das Abgeordnetenhaus kann durch eigenen Beschluß oder auf Volksbegehren durch Volksentscheid vor Ablauf der Wahlperiode aufgelöst werden.“

Der Beschluß des Abgeordnetenhauses, sich selber aufzulösen, muß von mindestens zwei Dritteln aller Mitglieder des Hauses gefaßt werden. Seit den Wahlen vom 18. März 1979 hat das Berliner Abgeordnetenhaus 135 Abgeordnete. Für den Selbstaufhebungsbeschluß sind also mindestens 90 Stimmen erforderlich. Die CDU hat — als stärkste Fraktion — 63 Sitze. Selbst in dem unwahrscheinlichen Fall, daß die FDP sich ebenfalls zu Neuwahlen entschließen würde, wäre das erforderliche Quorum noch nicht erreicht, denn die FDP ist nur mit elf Abgeordneten im Abgeordnetenhaus vertreten.

Eine Selbstauflösung des Abgeordnetenhauses kann somit nur zustande kommen, wenn die SPD-Fraktion mit ihren 61 Stimmen oder mindestens eine

ausreichende Anzahl von SPD-Abgeordneten dafür stimmt. Damit ist aber nicht zu rechnen. Dieser erste Weg zu Neuwahlen ist daher für die CDU nicht gangbar.

Erfolgversprechend aber ist der zweite: Auflösung des Abgeordnetenhauses auf Volksbegehren durch Volksentscheid. Diese Möglichkeit der Auflösung des Abgeordnetenhauses ist erst durch eine Verfassungsänderung im November 1974 in die Berliner Verfassung eingefügt worden. Zugleich wurde damals ein „Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid zur Auflösung des Abgeordnetenhauses“ erlassen. Dieses Gesetz könnte jetzt zum erstenmal angewandt werden.

Verfahren zur Herbeiführung von Volksbegehren und Volksentscheid über die Auflösung des Abgeordnetenhauses von Berlin

A. Allgemeines

Durch ein Volksbegehren, dem 20 % der Wahlberechtigten zustimmen (z. Z. 307 000), kann ein Volksentscheid über die Auflösung des Abgeordnetenhauses von Berlin herbeigeführt werden. Ein Volksbegehren wird zugelassen, wenn der Träger des Volksbegehrens (CDU) die Unterstützung von 80 000 Stimmberechtigten durch Vorlage entsprechender Unterschriftslisten nachweist.

Der Volksentscheid wird wirksam, wenn mindestens die Hälfte der Stimmberechtigten (z. Z. 720 000) sich an ihm beteiligt und die Mehrheit der Beteiligten zugestimmt hat.

B. Zeitlicher Ablauf

① Beschluß des Vorstandes, einen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens zu stellen.

② Mitteilung an den Senator für Inneres über die beabsichtigte Sammlung von Unterschriften.

③ Die Sammlung von Unterschriften darf erst 7 Tage nach der Mitteilung an den Senator für Inneres beginnen. Eine Frist, innerhalb der die Unterschriftensammlung abgeschlossen sein muß, ist nicht festgelegt.

④ Nach Einreichung des Zulassungsantrages mit den 80 000 Unterschriften prüfen die Bezirksämter innerhalb von 14 Tagen die Stimmberechtigung der Unterzeichner der Listen.

⑤ Nach Abschluß dieser Überprüfung entscheidet der Senator für Inneres innerhalb von 3 Tagen über die Zulässigkeit des Antrages.

⑥ Die entsprechende Bekanntmachung im Amtsblatt erfolgt innerhalb von 7 Tagen.

⑦ Die Eintragung in die Zustimmungslisten kann frühestens 14 Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt von Berlin beginnen und dauert 8 Tage (beginnend an einem Sonntag).

⑧ Der Landesabstimmungsleiter teilt das Ergebnis dem Senator für Inneres binnen 6 Tagen mit.

⑨ Innerhalb einer Frist von weiteren 7 Tagen veröffentlicht der Senator für Inneres das Ergebnis im Amtsblatt von Berlin.

⑩ Binnen weiterer 3 Tage teilt der Senat das Ergebnis des Volksbegehrens dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses mit.

⑪ Das Abgeordnetenhaus beschließt innerhalb von 7 Tagen nach dieser Mitteilung über die Auflösung.

⑫ Lehnt das Abgeordnetenhaus seine Auflösung ab, so ist innerhalb von 2

Monaten ein Volksentscheid über die Auflösung des Abgeordnetenhauses herbeizuführen.

⑬ Das Ergebnis des Volksentscheids ist innerhalb einer Frist von 14 Tagen bekanntzugeben.

⑭ Am Tage nach der Veröffentlichung des Ergebnisses des Volksentscheids gibt der Präsident des Abgeordnetenhauses die Auflösung des Abgeordnetenhauses bekannt.

⑮ Die Neuwahl des Abgeordnetenhauses muß spätestens 8 Wochen nach dessen vorzeitiger Auflösung erfolgen.

C. Zusammenfassung

① Zwischen der Abgabe der Unterschriftenlisten und dem Beginn des Volksbegehrens, das 8 Tage dauert, liegen mindestens 38 Tage. Bei Abgabe der Unterschriftenlisten etwa am 2. Februar könnte das Volksbegehren frühestens vom 15. bis 22. März stattfinden.

② Nach erfolgreichem Abschluß des Volksbegehrens stimmt das Abgeordnetenhaus innerhalb von 23 Tagen über seine Selbstauflösung ab. Diese Abstimmung fiel in den Monat April.

③ Beschließt das Abgeordnetenhaus seine Selbstauflösung, so finden die Neuwahlen spätestens nach 8 Wochen, d. h. im Juni, statt.

④ Kommt eine Selbstauflösung nicht zustande, so findet der dann fällige Volksentscheid innerhalb von 2 Monaten, also ebenfalls im Juni, statt.

⑤ Ergibt der Volksentscheid eine Mehrheit für die Auflösung des Abgeordnetenhauses, so sind Neuwahlen innerhalb von 8 Wochen, also im Monat August, abzuhalten.

■ INFORMATION

Einsparungen statt Mineralölsteuer- erhöhung

Zur Diskussion um die Erhöhung der Mineralölsteuer erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU, Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg: Die jüngsten Preiserhöhungen der Mineralölfirmlen sind von Bundestagsabgeordneten der SPD besonders heftig kritisiert worden. Aber SPD und FDP beabsichtigen, nunmehr auch die Mineralölsteuer um insgesamt acht Pfennig zu erhöhen. Die Bonner Regierungsvereinbarung hat in der OPEC den radikalen Kräften, die eine weitere Belastung der Industrieländer für vertretbar halten, sichtbaren Auftrieb gegeben.

Diese verhängnisvolle Entwicklung muß abgebremsst werden, soweit es in unserer Kraft steht. Auf die OPEC haben wir keinen Einfluß. Die Bonner Regierungsparteien müssen jedoch auf ihre Pläne zur Erhöhung der Mineralölsteuer verzichten. Bereits heute kassiert der Bundesfinanzminister von jedem Liter 56 Pfennig. Die Bundesregierung darf nicht länger Preistreiber sein. Denn nunmehr droht ein schwerer Einbruch bei der deutschen Automobilindustrie, den Zulieferbetrieben und dem Dienstleistungsgewerbe mit der Gefahr der Arbeitslosigkeit für Hunderttausende. In den Flächenländern wachsen die Transportkosten in unvertretbarer Weise.

Anstelle der verfehlten Steuererhöhungspläne der Koalition sind weitere Einsparungen im nichtintensiven Teil des Bundeshaushalts vorzunehmen. So

sollten zum Beispiel die von SPD und FDP zunächst abgelehnten Vorschläge des Bundesfinanzministers verwirklicht werden, freierwende Stellen im öffentlichen Dienst des Bundes für vier bis sechs Monate nicht wieder zu besetzen. Die meisten Bundesländer haben auf Grund der Finanzkrise bereits vergleichbare Regelungen für 1981 beschlossen. Hier und bei anderen Sparbeschlüssen kann die Bundesregierung auf die konstruktive Unterstützung des Bundesrates rechnen. Sie sollte endlich den konsequenten Weg der Sparpolitik beschreiten.

Umweltverschmutzung ohne Kernkraft unerträglich

Die CDU Hamburg begrüßt die Vorentscheidung der Führungsgremien der Hamburger SPD, im Gegensatz zur Ansicht des Bürgermeisters Klose doch nicht aus dem Kernkraft-Projekt Brokdorf aussteigen zu wollen. Die Hamburger Strompreise, die schon jetzt eine Rekordhöhe erreicht haben, müßten ohne Brokdorf noch höher steigen. Es wäre umweltpolitisch unvertretbar, die Hamburger mit Emissionen von zusätzlichen Kohlekraftwerken zu belasten, wenn es bei einer Beteiligung an Brokdorf auch ohne diese Kohlekraftwerke geht; zumal Brokdorf ohnehin gebaut wird, nur bei einem Ausstieg Hamburgs seinen Strom nicht an die Hansestadt liefern würde.

Europa: Ein Schritt nach vorn

Zum Haushaltsstreit in der EG erklärte der Vorsitzende der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament, Egon A. Klepsch, MdEP: Die Haushaltsentscheidungen des Parlaments bedeuten einen Schritt nach vorn. Sie manifestieren die Hand-

lungsfähigkeit des Parlaments und beweisen europäische Solidarität.

Forderungen der EVP zur Regionalpolitik, die vor allem den Arbeitnehmern dienen, konnten durchgesetzt werden. Wir haben Ansätze zum Abbau des Nord-Süd-Konflikts und können besser zur Bekämpfung des Hungers in der Welt beitragen. Einer gemeinsamen Energiepolitik sind wir näher gekommen.

Die Europäische Gemeinschaft wird wie bisher nur durch politische Entscheidungen voranschreiten. Unsere Wähler, die Bürger Europas, sollen wissen, daß wir uns allen Versuchen widersetzen, diesen Fortschritt durch Rückschritte in nationale und juristische Einzelpositionen zu bremsen.

Keine Sondersteuer für einzelne Berufsgruppen

Zu den Vorschlägen der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, Anke Fuchs, zur Einführung einer Arbeitsmarktabgabe für Beamte, Selbständige und Bauern erklärt der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Carl-Dieter Spranger (CSU), die SPD versuche mit aller Macht, sich öffentlich vorhandene Ressentiments gegen bestimmte Berufsgruppen zu eigen zu machen.

Die CDU/CSU hat bereits mehrfach klargestellt, daß Arbeitsmarktprobleme durch dirigistische Maßnahmen und Sonderopfer für einzelne Berufsgruppen, die zu Sündenböcken der falschen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik dieser Regierung gemacht werden, nicht gelöst werden können. Diese Vorschläge sind verfassungswidrig. Damit würde praktisch eine Sondersteuer eingeführt werden, die zu Ungleichbehandlung und damit zu neuem Unrecht

führen würde. Die Arbeitsmarktprobleme müssen mit den vorhandenen Instrumenten der Sozialen Marktwirtschaft gelöst werden.

Problematischer Erdgasvertrag

Die Versäumnisse der Bundesregierung bei der Bereitstellung der notwendigen Energie im nationalen Bereich sollen jetzt durch Lieferungen von Erdgas aus der UdSSR ausgeglichen werden. Bei dem Umfang der russischen Erdgaslieferungen wird die Bundesrepublik unmittelbar erpreßbar. MdB Willi-Peter Sick erklärte hierzu: Es ist makaber, wie hier deutsche Sicherheitsinteressen auf dem Altar der Partei-Ideologie geopfert werden. Würden für die 10 Milliarden Mark, die der Sowjetunion als Kredit gegeben werden sollen, bei uns Kernkraftwerke gebaut, dann hätten 40 000 Arbeitskräfte fünf Jahre lang Beschäftigung, und wir wären energiepolitisch unabhängig. Daß hier die deutschen Banken mitspielen und den Russen 10 Milliarden Mark Kredit zu 7,5 Prozent Zinsen geben, während jeder mittelständische Unternehmer bei derselben Bank heute rund 11 Prozent zahlen muß, ist eine Kundenpolitik, die man sich merken wird.

Studenten und demokratischer Staat

Obwohl sich nach Meinungsumfragen bei der jungen Generation weder eine Staats- noch eine Parteiverdrossenheit zeige, stimme es bedenklich, daß die Jugend kein rechtes Verhältnis zu den Parteien entwickle, sagte der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bruno Heck, in Bonn nach Abschluß einer wissenschaftlichen Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung über „Studenten und demokratischer Staat“.

Den Grund für den Rückzug der Jugend aus der Politik sieht Heck in einer „So-

zialideologie, die alles zentral auf dem Verwaltungsweg lösen" wolle. Nach diesem Schema werde der Staatsbürger total versorgt und von seinen Pflichten gelöst.

Gegen diese Tendenz reagiert die Jugend nach Ansicht von Heck mit einer neuen Suche nach Sinn. Dieser Lebenssinn werde außerhalb staatlicher Form gesucht, ohne daß das Staatswesen verneint werde. Hinzu käme ein Protestpotential von etwa einer Million junger Menschen, die politisch weit über dem Durchschnitt interessiert seien. Die Gruppe systemkritischer Jugendlicher könne durchaus die Avantgarde einer breiteren politischen Jugendbewegung werden. Sie wachse weit über dem Durchschnitt in Berufe hinein, von denen Wirkungen auf die Entwicklung des öffentlichen Bewußtseins ausgehen. Dazu gehörten Berufe wie Lehrer, Journalisten und Sozialpädagogen.

Briefwahl — ja, aber gegen Mißbrauch

Eine Abschaffung des Briefwahlrechts kommt für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion aus mehreren Gründen nicht in Betracht, erklärte der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Innenausschuß, MdB Karl Miltner.

1976 haben 10,7 % der Bürger per Briefwahl ihre Stimme abgegeben. Bei der Bundestagswahl am 5. Oktober 1980 waren es sogar 13 %. Allein diese Zahlen machen deutlich, daß die Briefwahl ein wesentliches Element für die erfreulich hohe Wahlbeteiligung ist.

Eine Abschaffung des Briefwahlrechts würde aber auch alle Überlegungen zunichte machen, die darauf abzielen, den im Ausland lebenden Deutschen das Wahlrecht zu geben. Diese Forderung der CDU/CSU wird bisher von der SPD hauptsächlich deshalb abgelehnt, weil

sie befürchtet, das Votum der im Ausland lebenden Deutschen könnte sich zu ihrem Nachteil auswirken.

Ungeachtet dieser grundsätzlichen Positionen ist die CDU/CSU offen für Überlegungen, wie eventuelle mißbräuchliche Handhabungen der Briefwahl beseitigt werden können. Die Möglichkeit, daß die Unterlagen für die Briefwahl mittels Vollmachten beschafft werden können, hat in Einzelfällen Mißtrauen erzeugt. Es ist in der Tat zu befürchten, daß bei der Beschaffung von Unterlagen für die Briefwahl hier und da versucht worden ist, Einfluß auf das Wahlverhalten selbst auszuüben.

Die SPD, die jetzt die Ausuferung der Briefwahl öffentlich beklagt, sollte sich, wenn sie glaubwürdig bleiben will, an ihre eigenen Praktiken im letzten Bundestagswahlkampf erinnern.

Sie hat zwar ihre Anzeigen darauf beschränkt, auf die Möglichkeit der Briefwahl sachlich aufmerksam zu machen. Aber es waren dann Helfer der SPD, die darin angeboten wurden, um die Briefwahlunterlagen zu besorgen. Und die dazu notwendige Vollmacht hatte die SPD in diesen Anzeigen gleich mit abgedruckt. Mißtrauen haben vor allem Berichte über Einflußnahmen in Altenheimen und Krankenhäusern ausgelöst. Um dem zu begegnen, wäre es überlegenswert, in solchen Bereichen am Wahltag selbst mit Hilfe von sogenannten fliegenden Wahlvorständen den Gang zur Wahlurne zu ermöglichen.

Behindertenkongreß der CDA

Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) und die Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft (CSA) haben beschlossen, einen gemeinsamen Behinderten-Kongreß durchzuführen. Er soll am 25. April 1981 in Augsburg stattfinden.

■ NATO-DOPPELBESCHLUSS

Zwiespalt in der Koalition belastet das westliche Bündnis

Zu den außen- und sicherheitspolitischen Ausführungen von Bundesaußenminister Genscher auf dem Dreikönigstreffen der FDP in Stuttgart und in der Kabinettsitzung gab der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Alois Mertes (Gerolstein), folgende Stellungnahme ab.

Die sich wiederholenden Warnungen von Bundesaußenminister Genscher vor einer Aufweichung des NATO-Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 über die sicherheitspolitisch fällige Nachrüstung und ein Verhandlungsangebot an den Osten, ebenso wie seine grundsätzlichen Ausführungen über den Zusammenhang von Friedenssicherung durch glaubwürdige Abschreckung und ausgewogene Rüstungsbegrenzung stellen eine unverhüllte Aufforderung an den Brandt/Bahr-Flügel der SPD dar, die westlichen Verhandlungspositionen bei den kommenden amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über die Begrenzung interkontinentaler und eurostrategischer Kernwaffen bei den Wiener Truppenabbau-Verhandlungen sowie bei den KSZE-Diskussionen über vertrauensbildende Maßnahmen in Gesamteuropa bis zum Ural nicht durch ständige Signale einseitigen westlichen Nachgebens zu schwächen.

Die Tatsache, daß der zuständige

Außenminister sich zu solchen Warnungen genötigt sieht, wirft ein grelles Licht auf den offenkundigen Zwiespalt innerhalb der SPD/FDP-Regierungskoalition in vitalen Fragen unserer Sicherheit und der Geschlossenheit des westlichen Bündnisses.

Die CDU/CSU hat auch in der letzten Legislaturperiode alle Positionen der NATO und damit der Bundesregierung in allen internationalen Verhandlungsgremien zum Thema „Abrüstung und Sicherheit“, in denen die Bundesrepublik Deutschland vertreten ist, aktiv und konstruktiv mitgetragen. Die CDU/CSU steht gleichfalls zu beiden Teilen des NATO-Doppelbeschlusses vom Dezember 1979.

Es ist eine undemokratische Perversion des Koalitionsgedankens, wenn maßgebliche Kräfte der stärksten Regierungspartei in vitalen Fragen der Friedenssicherung, der Verteidigung, der Abrüstung, der Deutschlandpolitik und der Energieversorgung in Opposition zur Regierungspolitik stehen, während die parlamentarische Opposition aus Loyalität zum Staat über Jahre den Beweis für ihre Bereitschaft zum breiten Konsens im Bundestag praktiziert. Die SPD scheint sich weiterhin auf ihre unehrliche Doppelstrategie zu verlassen: mit Schmidt und Eppler für und gegen die Kernenergie; mit Schmidt und Bahr für und gegen die Nachrüstung.

■ ARBEITSLOSE

Ein neues Milliardenloch tut sich auf

Die Zahl der Arbeitslosen zum Jahresende 1980 liegt wesentlich höher als Ende 1979 und auch Ende 1978. Während aber in den Jahren 1978 und 1979 die saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen im ganzen zurückgingen und erst ab 1980 zunächst langsam, dann ab Oktober verstärkt anstiegen, zeichnet sich für 1981 eine starke Erhöhung konjunkturbedingter Arbeitslosigkeit ab.

Es besteht keine Veranlassung, diesen Anstieg der Arbeitslosen einseitig der weltwirtschaftlichen und binnenwirtschaftlichen Konjunktorentwicklung und dem zahlenmäßigen Anwachsen der in das Erwerbsleben nachrückenden Jahrgänge anzulasten, stellte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales, MdB Heinz Franke, fest. Vielmehr ist das beschäftigungs- und arbeitspolitische Versagen der Bundesregierung eine der wesentlichen Ursachen der steigenden Arbeitslosigkeit. Folgende Faktoren verdienen besondere Beachtung:

— Die von der Regierungskoalition zu verantwortenden Rahmenbedingungen sind wesentliche Ursache dafür, daß die Zahl der Vermittlungen in Arbeitsstellen niedriger lag, als bei der noch immer ausgewiesenen Zahl der offenen Stellen möglich sein müßte.

— Die sehr hohe Zahl der über 59jährigen Arbeitslosen, die zu einem großen Teil alsbald in die Rentenberechtigung hineinwachsen, wird die Finanzsituation

der Rentenversicherung erheblich verschärfen.

Schon jetzt ist erkennbar, daß die vorgesehenen Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt an die Bundesanstalt für Arbeit von etwas über 3,7 Milliarden DM für 1981 bei weitem nicht ausreichen werden, um die Ausgabenverpflichtungen der Bundesanstalt für Arbeit zu decken.

Rechnet man die Aufwendungen des Bundes für die Anschlußarbeitslosenhilfe von annähernd drei Milliarden DM hinzu, so wird selbst bei relativ optimistischer Einschätzung mit einer Belastung der Steuerzahler von etwa 7 Milliarden DM, bei noch höheren Arbeitslosenzahlen bis zu 10 Milliarden DM zu rechnen sein.

Für 1981 hat sich die Bundesregierung noch dadurch einen finanziellen Spielraum verschafft, daß sie die Bundeszuschüsse an die Rentenversicherung um 3,5 Milliarden DM gekürzt hat. Da dies für 1982 weder beabsichtigt noch real möglich ist, droht eine Erhöhung des Beitragssatzes für die Bundesanstalt für Arbeit, weil die Bundesregierung nach ihrer eigenen mehrjährigen Finanzplanung nicht in der Lage sein dürfte, die auch für 1982 absehbaren hohen Defizite der Bundesanstalt für Arbeit abzu decken.

Gefordert ist jetzt eine Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, die die Arbeitslosenzahlen wieder von der Straße bringt und vor allem die deprimierende Situation der schon lange arbeitslosen Problemgruppen des Arbeitsmarktes überwindet.

Die Wiedereingliederung der Arbeitslosen in das Erwerbsleben ist eine wichtige Voraussetzung für den Abbau der Staatsschulden.

■ KOALITION

Kieler SPD macht gegen Bonn mobil

„Das Maß ist voll“, heißt es auf einem Flugblatt der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) der SPD in Schleswig-Holstein zu den Bonner Koalitionsvereinbarungen. Damit ist der schwelende Konflikt zwischen der SPD des nördlichsten Bundeslandes mit der Bonner Parteispitze offen ausgebrochen.

Unter der Überschrift „Schmidt ja — Lambsdorff, nein danke“ wird auf dem Flugblatt die Einführung der paritätischen Mitbestimmung gefordert, die Streichung der Zuschüsse für die Landwirtschaft, mehr Steuergerechtigkeit. Rücknahme der Fahrpreiserhöhung der Bahn, Arbeitsmarktabgabe für Berufstätige, die keine Arbeitslosenbeiträge bezahlen, und „Einfrierung“ der Höchstgehälter im öffentlichen Dienst.

Das Flugblatt trägt deutlich die Handschrift des SPD-Landeschefs und Bundestagsneulings Günther Jansen und der Bonner Abgeordneten Norbert Gansel und Heide Simonis.

Baum will Beamtentum demontieren

Die Ankündigungen von Bundesinnenminister Baum über beabsichtigte Änderungen des Beamtenrechts angeblich in Richtung Leistungsprinzip sind, wie Carl-Dieter Spranger, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, erklärte, offensichtlich dazu bestimmt, von dem Mißbrauch des Beamtenrechts durch die derzeitige Bonner Parteiwirtschaft abzulenken, für die

nicht zuletzt die FDP und die von dieser Partei gestellten Bundesinnenminister verantwortlich sind. Die Betonung des Leistungsprinzips durch Baum steht in einem befremdlichen Widerspruch zu der von ihm mit missionarischem Eifer betriebenen Demontage einer unverzichtbaren Leistung des Beamten an unseren Staat: der Treue zur Verfassung und der damit verbundenen jederzeitigen glaubhaften Bereitschaft, für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten.

SPD-Frauen fühlen sich von Schmidt verlassen

Mit einem fast militanten Text hat der Bundesvorstand der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen“ Bundeskanzler Helmut Schmidt wegen nicht eingehaltener Wahlversprechungen angegriffen. Unter der Überschrift „Mut zur Zukunft — auch für Frauen?“ wird Schmidt unter anderem vorgeworfen, im „lyrischen, sprich: unverbindlichen Teil der Regierungserklärung“ nur noch am Rande erwähnt zu haben, daß die Leistungen der Frau in der Familie und im Beruf gleich hoch bewertet werden müßten, während im Wahlprogramm der SPD noch gestanden habe: „Die Gleichberechtigung der Frauen muß noch verwirklicht werden.“

Die „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen“ und ihre Vorsitzende Karin Hempel Soos weisen auf die Tatsache hin, daß im Bundeskanzleramt die wenigsten Frauen in verantwortlichen Positionen zu finden seien.

In der Klageschrift heißt es, in den Koalitionsverhandlungen sei Familienpolitik nicht vorgekommen. Was jetzt aber bei sozialdemokratischen Frauen „Erschrecken bis Empörung“ auslöse, sei die Verschiebung der Alterssiche-

rungs-Reform, nachdem man schon lange gegen die „frauenfeindlichen Modelle bei der Hinterbliebenenversorgung“ kämpfe.

Streit um „Strategie-Papiere“

Die Diskussion um „geheime Strategie-Papiere“, in denen führende Sozialdemokraten Kritik an den Koalitionsvereinbarungen mit der FDP geäußert haben, hält an. Die SPD bestritt eine Darstellung der „Bild“-Zeitung, daß es derartige Papiere von führenden Parteimitgliedern gebe. Ein Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion räumte allerdings ein, daß Mitarbeiter der SPD-Fraktion entsprechende „Arbeitsunterlagen“ angefertigt hätten, die jedoch von keinem verantwortlichen SPD-Politiker „abgesegnet“ worden seien.

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Hans Jürgen Wischnewski und der SPD-Abgeordnete Heinz Westphal, die neben Finanzminister Matthöfer als Autoren und Auftraggeber genannt worden waren, erklärten: „Die Papiere sind nicht geheim, denn sie wurden an Abgeordnete der SPD und FDP der Arbeitsgruppe Haushalt durch deren Obmann verteilt und waren dort Mitte Dezember Gegenstand kritischer Anmerkungen.“

Wer immer der Urheber sein mag, stellte MdB Erich Riedl fest, die Studie gibt Aufschluß über den Geist, mit dem in der SPD intern über den Bürger und den Staat hergezogen wird: Der Wunsch nach Konsolidierung der Staatsfinanzen, nach Dämpfung der Steuerlast und Begrenzung der Bürokratie sei nicht etwa wirtschaftlich begründet, sondern lediglich „ein im Psychologischen angesiedeltes Problem“. An sich, so meinen die SPD-Strategen,

könne man ruhig noch mehr Schulden machen, die Steuerschraube noch fester anziehen.

Wehners Konsequenzen

Die Tatsache, daß Herbert Wehner den Vorsitz der „Sozialpolitischen Kommission der SPD“ niedergelegt hat, beweist, daß er selbst die unter seinem Vorsitz erarbeiteten sozialpolitischen Vorschläge nach der Regierungserklärung Helmut Schmidts nur noch für Makulatur hält. Dies erklärte MdB Adolf Müller (Remscheid).

Herbert Wehner selbst hatte am 26. Februar 1980 in einem offenen und spektakulären Brief an alle Rentnerinnen und Rentner die Vorschläge seiner Kommission vorgestellt und erläutert. Ein Sonderparteitag der SPD hat die Vorschläge Wehners am 9. Juni 1980 weitgehend abgesegnet.

Wichtige Positionen, die von Wehner vor dem Wahltag versprochen wurden, werden jetzt von Schmidt in Frage gestellt oder ganz gestrichen.

1. Die bruttolohnbezogene Rentenanpassung wird geopfert.
2. Die Höhe der Teilhaberrente ist wieder offen.
3. Die Anrechnung der Kindererziehungszeiten ist nun fraglich.
4. Der Bundeszuschuß wird um 17 Prozent gekürzt.
5. Die Rentenversicherung wird für die notleidende Arbeitslosenversicherung geplündert.

Herbert Wehner beweist mit seinem Schritt, daß die SPD in der Sozialpolitik zerstrittener denn je ist, daß sie in der Sozialpolitik abgewirtschaftet hat.

■ BUNDESRAT

Verantwortung für politische Fehlentwicklung deutlicher machen

Über die Rolle der Länder im Bundesrat wird seit langem diskutiert. Mit wachsender wechselseitiger Kritik an der Aufgaben- und Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern haben sich leider auch die Schlagworte und Unterstellungen bezüglich des Selbstverständnisses des Bundesrates vermehrt, erklärte Lothar Späth, Ministerpräsident in Baden-Württemberg.

Der Föderalismus erscheint in dieser verzerrten Sicht wie eine langfristig aufgebaute strategische Gegenposition der Opposition — mit dem Bundesrat als taktischer Waffe —, während er doch in Wahrheit eine viel einfachere, freilich auch grundlegendere Funktion hat: nämlich für eine angemessene Berücksichtigung der spezifischen Interessen jedes Landes im Gesamtrahmen der Bundesrepublik zu sorgen.

Vermutlich hat, wenn auch unbeabsichtigt, das politische Mißverständnis über Sinn und Zweck des Föderalismus gerade zu jenem Zeitpunkt begonnen, als man — 1969 — durch eine Reihe von Gemeinschaftsaufgaben und Mischfinanzierungen und durch die Schaffung von Bürokratien zwischen den Gebietskörperschaften dem Föderalismus einen neuen, „kooperativen“ Sinn geben wollte.

So berechtigt im Einzelfall die projektbezogenen Anliegen damals gewesen sein mögen, wurde doch etwas Ent-

scheidendes außer acht gelassen. Es gibt nicht „die“ Länder und „den“ Bund, die sich unter möglichst weitgehender Einebnung aller regionalen, strukturellen und landsmannschaftlichen Unterschiede auf einer Ebene des nivellierten Mittelmaßes zu treffen hatten, um dies dann als kooperativen Föderalismus ausgeben zu können. Es gibt wechselnde Interessenlagen, auch über die Parteigrenzen hinweg, die sich schlechthin nicht auf einen Nenner bringen lassen.

Die Beständigkeit der Vielfalt ist dem föderalistischen System und damit dem Wirken des Bundesrates ein- und vorgegeben; es kann nicht Aufgabe des Bundesrates oder irgendwelcher zwischenstaatlicher Konferenzen und Ausschüsse sein, durch die Verwischung struktureller länderspezifischer Unterschiede aus dieser Vielfalt eine genormte Einheit machen zu wollen.

Man muß, das ist meine Überzeugung, die Rolle des Bundesrats und damit implizit auch der sogenannten A- und B-Länder wieder differenzierter sehen, je nach der politischen Grundposition, die zur Debatte steht. Ich will dies an zwei Beispielen verdeutlichen:

— Bei dem vom Bundesrat abgelehnten Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Jugendhilferecht gab es eine Reihe von Regelungen, die dem Gedanken der Subsidiarität und der Stärkung der Familie elementar zuwiderliefen. Daß

sich hier die CDU-regierten Länder zu einer Ablehnungsfront zusammenfanden, hatte seinen Grund allein darin, daß keine CDU-Regierung, ob in Schleswig-Holstein oder in Baden-Württemberg, gemäß ihrer programmatischen Grundhaltung derartige Ziele mittragen kann. Dies wird mit Sicherheit auch in Zukunft so bleiben; denn die Frage, ob eine politische Richtung falsch ist, betrifft weder eine taktische noch eine länderspezifische Position.

— Ganz anders sieht die Sache aus, wenn Probleme anstehen, die mit der Struktur eines Landes eng zusammenhängen. Nordrhein-Westfalen und das Saarland etwa werden in Zukunft mit Sicherheit im Montanbereich mehr parallel laufende Probleme haben, als in diesem Zusammenhang mit Baden-Württemberg. Baden-Württemberg dagegen steht vor der Schwierigkeit, sich über den Länderfinanzausgleich nicht soviel finanzielle Manövriermasse wegnehmen zu lassen, daß unsere mittelständische Struktur Schaden erleidet.

Dieses Problem haben weder Schleswig-Holstein noch Niedersachsen, um zwei CDU-regierte Länder herauszugreifen. Hier gibt es eine sachlich begründete Differenziertheit der Interessen, und die muß sich im Bundesrat widerspiegeln unabhängig von parteipolitischen Konstellationen. Die natürlichen Bündnispartner eines Landes sind in diesem Fall diejenigen Länder, die ähnliche Probleme haben und dafür unter Umständen gemeinsame Lösungsmöglichkeiten erarbeiten können. Ein starres Raster nach dem Schema: „Hier CDU — dort SPD“ wäre in diesen Fällen mit Sicherheit unangebracht.

Schließlich bestehen im Bundesrat nicht nur programmatische und länderspezifische Interessenkoalitionen — es

gibt auch noch eine die Stellung des Bundesrats insgesamt betreffende funktionale Komponente. Es hat sich zum Beispiel in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, daß zumindest der Koalitionspartner FDP in der Bundesregierung den Bundesrat als Kalkül benutzt hat im Sinne eines nachbessernden Reparaturbetriebes.

Gesetzesvorhaben, die der Auffassung der FDP an sich zuwiderliefen, wurden von der FDP im Bundestag und in der Bundesregierung dennoch mit beschlossen in der sicheren Erwartung, daß die CDU-Mehrheit im Bundesrat das Vorhaben zu Fall bringen werde. Der Bundesrat wurde dadurch, und zwar mehr als einmal, zum nachbessernden Reparaturbetrieb für Fehlentwicklungen der Bundespolitik.

Hier werden Baden-Württemberg und, wenn ich es recht sehe, die übrigen CDU- und CSU-regierten Länder in Zukunft nicht mehr mitmachen. Die FDP kann die Haltung des Bundesrats zukünftig nicht mehr als berechenbare Größe in ihre koalitionspolitischen Erwägungen einbeziehen. Die politische Verantwortung muß wieder eindeutig bei demjenigen liegen, der Fehler produziert, und nicht denjenigen zugeschoben werden, die sie mit großem Kraftaufwand beheben.

Die Union muß — und wird — in den nächsten Jahren im Bundesrat eine einheitliche Linie vertreten, wo es um programmatische Grundfragen geht. Sie wird eine differenzierte Haltung einnehmen, wo Sonderinteressen einzelner Länder auf dem Spiel stehen. Und sie wird durch Kritik, die aber nicht automatisch Ablehnungsbeschlüsse nach sich zieht, die politische Verantwortlichkeit für Fehlentwicklungen der Bundespolitik deutlich machen.

■ CDA-BETRIEBSRÄTEKONFERENZ

Ohne Toleranz gibt es keine Einheitsgewerkschaft

Mit einer deutlichen Mahnung, den Gedanken der Einheitsgewerkschaft nicht aufzugeben, hat sich Norbert Blüm, Bundesvorsitzender der Sozialausschüsse, auf einer Betriebs- und Personalrätekonferenz in Castrop-Rauxel an den DGB gewandt. Die Bundeskonferenz der CDA stand unter dem Motto: Wählt gute Betriebsräte!

Betriebsräte sind Interessenvertreter aller Arbeitnehmer und nicht der verlängerte Arm einer Partei, erklärte Norbert Blüm: Wir wollen einen Betriebsrat, in dem alle demokratischen Arbeitnehmer zusammenarbeiten. Wir wollen Kollegialität und dulden keinen Alleinvertretungsanspruch der SPD. Die CDA will keine Privilegien, aber auch keine Diskriminierung, sondern eine faire Chance. Wo unsere ausgestreckte Hand zurückgewiesen wird, gibt es Krach. Und keine Gewerkschaft hat dann das Recht, uns Spalter zu nennen. Es spalten jene, die im Betriebsrat ihr SPD-Süppchen kochen wollen und nicht diejenigen, die das verhindern wollen.

Kritisch befaßte sich der Vorsitzende der Sozialausschüsse auch mit der Rolle der FDP und hier insbesondere mit dem Verhalten von Graf Lambsdorff. Lambsdorff sei der letzte, der eine SPD-geführte Regierung verlassen werde, prophezeite Blüm. Er sei der Lordsiegelbewahrer der sozial-liberalen Regie-

rung. Auf seine Darstellungskünste würden zwar viele Unternehmer hereinfallen, nicht aber CDU-Arbeitnehmer.

Zum Thema Montanmitbestimmung sagte Norbert Blüm: „Wir stehen zu dem was Franz Josef Strauß und die Union vor dem 5. Oktober gesagt haben. Für uns ist der Wahlkampf kein Sommerschlußverkauf von Versprechungen. Der Streit um die Montanmitbestimmung wäre am besten gelöst, wenn ein bewährtes Gesetz, nämlich das Mitbestimmungsergänzungsgesetz aus dem Jahre 1956 so geändert würde, daß nicht bei den erstbesten Strukturveränderungen das Montanmitbestimmungsgesetz seine Geltung verlöre.“

Norbert Blüm nutzte die Gelegenheit des Kongresses, um einige deutliche Worte zum Grundsatzprogramm des DGB zu sagen, das im März verabschiedet werden soll. „Wenn Wort und Auftrag der Toleranz in diesem Grundsatzprogramm fehlen, dann ist die Einheitsgewerkschaft gefährdet. Ohne Toleranz gibt es keine Einheitsgewerkschaft.“ Norbert Blüm wörtlich: „Die CDU-Arbeitnehmer sind nicht die nützlichen Idioten der SPD!“

Nachdrücklich bekannte sich der Kongreß zur Solidarität mit den polnischen Gewerkschaften. Der Name Lech Waleśa stehe für Christentum, Freiheit und Solidarität. Heftige Kritik übte Norbert Blüm an der DDR-Reise der Gewerkschaft ÖTV unter Leitung ihres Vorsitzenden Kluncker.

Mit großem Beifall begrüßte der Kongreß den Bundesvorsitzenden der Partei, Helmut Kohl. Die Partei blicke ohne Zorn auf die Bundestagswahl zurück, sie werde die ihr vom Wähler aufgetragene Rolle der Opposition voll tragen, erklärte Helmut Kohl. Gedankenspiele über mögliche Koalitionen lehnte der Parteivorsitzende erneut nachdrücklich ab. Die Koalition biete gegenwärtig ein erbärmliches Bild und in der SPD werde schon heimlich über Schmidts Nachfolger diskutiert. Die von März bis Mitte Mai stattfindenden Betriebsratswahlen — so Helmut Kohl — haben die gleiche Qualität wie Wahlen zum Stadtrat oder zum Landtag. Die Partei werde die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft bei diesen Wahlen nicht allein lassen. Unter großem Beifall der etwa 450 Delegierten sagte Kohl: „Wenn die CDA nicht in Ordnung ist, ist auch der Kreisverband nicht in Ordnung.“

Der Parteivorsitzende äußerte die Hoffnung, daß sich in Zukunft noch mehr CDU-Mitglieder als bisher in den Gewerkschaften engagieren werden.

Große Sorge bereitet den westfälischen Betriebsräten die schwierige wirtschaftliche Situation der Hoesch-Werke in Dortmund. Der westfälische Landesvorsitzende und Oppositionsführer im Düsseldorfer Landtag, Kurt Biedenkopf, erklärte dazu: „Hätten wir, was wir immer gefordert haben, den Kohle-Kernkraft-Verband, bräuchten wir heute keine Hoesch-Konferenz.“ Der Koalition warf Biedenkopf vor, sie habe vor der Wahl die Unionspolitiker beschimpft und verhöhnt als diese vor der drohenden Finanzkrise gewarnt hätten, heute sei die Regierung kaum noch mehr in der Lage, die öffentlichen Bediensteten zu bezahlen.

SPORT



GESCHÄFT OHNE ILLUSIONEN?

Dieses Buch enthält Beiträge von Emil Beck, Kurt Brumme, Willi Daume, Heiner Geißler, Alfons Gerz, Karl Hemberger, Franz-Peter Hofmeister, Dieter Kohler, Christian Graf von Krockow, Dieter Graf von Landsberg-Velen, Klaus Lehnertz, Paul Märzheuser, Günter Mast, Ingrid Mickler-Becker, Josef Neckermann, Wolfgang Overath, Frank Pfetsch, Erich Riedl, Wolfgang Schäuble, Jupp Schlapf, Karl Schmidt, Carl-Ludwig Wagner, Willi Weyer.

Die Beiträge gehen besonders auf die Fragestellung ein, ob und in welchem Maße staatliche Sportförderung notwendig ist. Es wird dabei auch das Verhältnis von privater Finanzierung des Sports und staatlicher Unterstützung beleuchtet. Es geht ebenso um die im Titel des Buches angedeutete Fragestellung, ob eine strenge Trennung zwischen den idealistischen und kommerziellen Aspekten des Sports heute überhaupt noch möglich ist. Bereits im Oktober vergangenen Jahres hatte die CDU einen Fachkongreß zu dieser Thematik veranstaltet. Das Buch bietet neben umfangreichen Informationen wichtige Denkanstöße für Politiker, Sportfunktionäre, Sportler und Sportinteressierte. Es analysiert die aktuellen Probleme des Sports und vermittelt Ausblicke auf die zukünftige Entwicklung.

■ FDP-AFFÄREN

Josef und seine Brüder

Wann immer in den vergangenen Jahren im politischen Bereich Pikantes im Zusammenhang mit Geld bekannt wurde: stets konnten sich die Freien Demokraten als politische Saubermänner der Nation darstellen. Inzwischen hat sich das Blatt gründlich gewendet: Über die Liberalen sind Affären hereingebrochen wie noch nie zuvor in ihrer Geschichte. So geriet die Berliner FDP unter Anführung von Parteichef und Wirtschaftssenator Lüders (inzwischen zurückgetreten) tief in die Verkettungen von Finanzen und Filz.

FDP-Mitglied und Pleitegeier Dietrich Garski erhielt mit Unterstützung seiner prominenten Parteifreunde Millionen-Darlehen für Nahost-Bauprojekte. Im Aufsichtsrat der „Berliner Bank“, die die Millionen bewilligte, sitzt Parteifreund Lüder. Dort amtiert auch der ebenfalls inzwischen zurückgetretene SPD-Kollege Finanzsenator Riebschläger als Mitglied im Kreditausschuß. Dieser Ausschuß stimmte dem Garski-Darlehen zu unter der Voraussetzung, daß das Land Berlin eine Ausfallbürgschaft übernehme. Nach der Garski-Pleite müssen die Berliner Steuerzahler jetzt mit 115 Millionen DM in die Konkurslücke springen.

Dem Verdacht, mit Unternehmen mehr verfilzt zu sein als unbedingt notwendig, hat sich Hessens Wirtschaftsminister und FDP-Kassenwart Heinz Herbert Karry ausgesetzt. Er hatte in letzter Minute eine von seinem Kartellreferenten vorbereitete Durchsuchungsaktion bei 120 hessischen Baufirmen eigenmächtig abgesetzt, obwohl sie von allen Instanzen des hessischen Wirtschafts-

ministeriums und von einem Richter zuvor genehmigt worden war.

Einen Freibrief fürs politische Überleben hat FDP-Chef Genscher dagegen dem bayerischen FDP-Chef Josef Ertl ausgestellt, obwohl Ertl seine Partei gleich mit einem ganzen Strauß politischer Spendenaffären ins Gerede brachte.

Bekannt geworden waren die Geschäfte des „Bruder Josef“ einige Tage vor der Bundestagswahl im Oktober vorigen Jahres. Die ehemalige FDP-Sekretärin Gertrud Rech beschuldigte Josef Ertl, 50 000 Mark Spendengeld kassiert zu haben — als „Lohn“ für seinen Einsatz bei der Erteilung einer Exportgenehmigung für eine deutsche Waffenfabrik nach Saudi-Arabien.

Wenige Wochen später kam Ertl erneut ins Gerede: Er soll in den Jahren 1970 und 1971 von dem Münchner Walter Schöll 30 000 Mark Spenden erhalten haben. Schöll behauptet heute, das Geld sei in Wahrheit von dem Frankfurter Kaufmann Rolf Schröder gekommen, mit dem Ertl damals über subventionierte Butter verhandelt hatte.

Erst acht Jahre später will Ertl erfahren haben, daß die 30 000-Mark-Spende von Schröder stamme. Wenig später überwies die bayerische FDP das Geld zurück an den Überbringer Walter Schöll. Auch von einer hessischen Verpackungsfirma, die Milchtüten herstellt, profitierte Ertls Partei. Zwei Spenden — eine über 30 000 Mark, eine über 25 000 Mark — sind bisher bekannt geworden.

„Der Stern“ vom 10. Januar 1981

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÖHR BEZAHLT

■ TERMINE

16. 1. CDU Niedersachsen
Landesvorstand, Hannover
- 16./17. 1. LV Baden-Württemberg
Klausurtagung des Landes-
vorstandes, Bad Boll
17. 1. LV Schleswig-Holstein
Landesausschuß, Kiel
17. 1. CDU — Bund
Frauenvereinigung, AK „Medien“
Bonn
21. 1. LV Oldenburg
Fachtagung Medienpolitik,
Wardenburg
21. 1. LV Schleswig-Holstein
Kreisgeschäftsführertagung,
Dortmund
24. 1. LV Hessen
Landesparteitag, Frankfurt
26. 1. CDU — Bund
Präsidium, Bonn
26. 1. CDU — Bund
Bundesvorstand, Bonn
28. 1. CDU — Bund
Landesgeschäftsführerkonferenz,
Bonn
30. 1. CDU — Bund
Frauenvereinigung, Bundes-
vorstand, Bonn
- 30./31. 1. LV Hessen

- Klausurtagung des Landes-
vorstandes, Grünberg
31. 1. BV Württ.-Hohenzollern
Bezirksparteitag, Allmendingen
2. 2. LV Rheinland-Pfalz
Landesvorstand, Mainz
6. 2. LV Oldenburg
Landesvorstand, Varel
6. 2. LV Oldenburg
Landesparteiausschuß, Varel
7. 2. LV Hessen
Verteidigungspolitische Kongreß,
Wetzlar
7. 2. CDU — Bund
Sozialausschüsse, Betriebs- und
Personalrätekonferenz, Gießen
9. 2. CDU — Bund
Präsidium, Bonn
13. 2. LV Baden-Württemberg
Präsidium und Landesvorstand,
Böblingen
- 13./14. 2. LV Baden-Württemberg
Landesparteitag, Böblingen
14. 2. LV Oldenburg
Landesparteitag, Kastede
16. 2. CDU — Bund
Bundesvorstand, Bonn
19. 2. KPV der CDU/CSU — Bund
Bundesvorstand und
Hauptausschuß, Bonn
20. 2. CDU — Bund
Frauenvereinigung
Vorstand der Europa-Sektion der
Frauen in der CDU/CSU, Bonn

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** jährlich 40,- DM. **Einzelpreis** 1,- DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

Ud